



Suchergebnisse: Zukunft

962 – Papst Johannes XII. krönt Otto I. „den Großen“ in Rom zum Kaiser

Rom * Papst Johannes XII. krönt den römisch-deutschen König Otto I. „den Großen“ in Rom zum Kaiser. Seitdem besteht eine unverbrüchliche Verbindung zwischen den beiden Funktionen. Der deutsche König versteht sich automatisch als Anwärter auf das Kaisertum. Der Papst gilt als der richtige „Koronator“ für den Papst. Damit entsteht eine besondere Beziehung zwischen dem römisch-deutschen König und dem Papst. Die Päpste werden im Umkehrschluss ihr Recht ableiten, die Eignung des zukünftigen Kaisers zu überprüfen und auf die Erhebung zum deutschen König Einfluss zu nehmen.

13. Juli 1180 – Kaiser Barbarossa widerruft die Belehnung des Herzogtums Baiern

Regensburg * Auf dem Reichstag zu Regensburg widerruft Kaiser Friedrich Barbarossa die Belehnung des Herzogtums Baiern an Herzog Heinrich dem Löwen. Das Regensburger Urteil, der zweiten für die Gründung Münchens wichtigen Kaiserurkunde, wird vom selben Fürstengremium getroffen, das den Herzog zuvor abgesetzt hat und steht damit natürlich in einem engen Zusammenhang mit der Entmachtung Heinrichs des Löwen. Erstmals ist darin von der Zerstörung der Brücke und der gewaltsamen Verlegung des Marktes von Föhring die Rede. Die Regensburger Kaiserurkunde bezieht sich allerdings mit keinem Wort auf den Augsburger Schied vom 14. Juni 1158. Dafür heißt es: „Es mögen daher in Gegenwart und Zukunft alle Getreuen des Reiches wissen, dass unser geliebter Albert, Bischof von Freising, vor unserer Majestät erschienen ist und untätig vor uns Klage geführt hat, dass der Edelmann Heinrich von Braunschweig, vormals Herzog von Baiern und Sachsen, den Markt mit der Brücke in Föhring, den seine Kirche seit uralten Zeiten ungestört in Besitz gehabt hatte, zerstört und ihn gewaltsam in den Ort München verlegt habe“. Die Darstellung ist knapp und sehr ungenau. Welchen Markt und welche Brücke sollte denn der Löwe zerstört haben? Lautete der erste Punkt des Augsburger Schieds vom 14. Juni 1158 doch: „Der Markt, der bisher zu Föhring abgehalten wurde, die Zollbrücke und die Münze, werden dort künftig nicht mehr bestehen“. Für die weitere wirtschaftliche Entwicklung der Stadt enthält der vierte Absatz des Kaiserdiploms eine regalmrechtliche Regelung. Demnach wird dem Freisinger Bischof der Markt und die Zollbrücke übertragen. Wie künftig die Einkünfte der Münze aufgeteilt werden, darüber trifft die Urkunde jedoch keine Aussage. Um diesen Sachverhalt und die Berechtigung der Klage zu



untermauern und eine spätere eventuelle Zurücknahme der Entscheidung zu verhindern, bietet der Freisinger Bischof eine Reihe von hochrangigen Würdenträgern als Zeugen auf. Damit ist die Rechnung des klage führenden Bischofs von Freising aufgegangen, indem er sich an das knapp einen Monat zuvor abgeschlossene landrechtliche Verfahren angehängt und gewonnen hat. Er hat in dieser Verfahrensweise die Gelegenheit gesehen, über eine Verurteilung des Welfenherzogs als Friedens- und Rechtsbrecher einen Gewinn für die eigene Kirche herauszuholen. Die Münchner Stadtherrschaft der Freisinger Bischöfe wird bis zum Jahr 1240 andauern.

19. September 1496 – Herzog Georg der Reiche von Bayern-Landshut macht sein Testament

Landshut * Herzog Georg der Reiche von Bayern-Landshut bestimmt in seinem Testament, dass seine Tochter Elisabeth, ihr zukünftiger Ehemann Ruprecht von der Pfalz und ihre etwaigen Söhne das Teilherzogtum erben sollen. Herzog Georg und seine Gemahlin Hedwig von Polen hatten keine gemeinsamen männliche Erben.

1610 – Die Baumaßnahmen für den zukünftigen Hofgarten beginnen

München-Graggenau * Die Baumaßnahmen für den zukünftigen Hofgarten beginnen im Osten. Sie dauern bis 1620. Der Garten wird beträchtlich vergrößert und erreicht etwa seine heutige Dimension.

1658 – Der Fürstbischof will heiraten

Freising * Es gibt konkrete Planungen für die Verheiratung des Freisinger Fürstbischofs Albrecht Sigismund. Der Grund liegt in der bis dahin siebenjährigen Kinderlosigkeit des 22-jährigen Kurfürstenehepaares Ferdinand Maria und Henriette Adelaide. Man macht sich am kurfürstlichen Hof Gedanken über die Zukunft der Dynastie Wittelsbach und verstärkt damit freilich den Druck auf die amtierenden Throninhaber. Albrecht Sigismund, der in den geistlichen Stand gezwungen worden ist, hat durchaus eine große Neigung, das Amt des Bischofs von Freising gegen eine geeignete Ehe einzutauschen. Für den Austritt aus dem geistlichen Dienst muss allerdings das Einverständnis des Papstes eingeholt werden. Der bayerische Obersthofmeister Maximilian Kurz macht sich auf die Suche nach einer adäquaten Prinzessin für Albrecht Sigismund.



24. September 1662 – Der Auftakt einer Festtriologie im Opernhaus am Salvatorplatz

München * Auch das Volk darf sich an den Feierlichkeiten aus Anlass der Geburt des Kurprinzen Max Emanuel beteiligen. Von Mittag bis zum Abend fließt aus eigens vor der Residenz aufgestellten Brunnen weißer und roter Wein. Brot wird verteilt. Und Hofleute werfen Geldstücke und Schaumünzen unters Volk. Das kurfürstliche Herrscherpaar verfolgt zeitgleich im Opernhaus am Salvatorplatz die Oper „Fedra Incoronata“. Sie bildet den Auftakt einer Festtriologie. Noch vor der eigentlichen Opernaufführung erscheinen Iris, Hebe sowie Lucina und verkünden, dass die Zeit der finsternen unwirtlichen Wetter zu Ende geht und jetzt heitere Tage anbrechen würden. Sie sind gekommen, um die Sorgen und Schmerzen, die sich mit der schweren Geburt des Prinzen eingestellt haben, zu vertreiben. Dem neuen Helden [Max Emanuel] wünschen sie alles Gute und dass er wachsam und Kühn das Schwert führen werde. In dem folgenden Spektakel treten nahezu alle griechischen Götter und Helden auf und huldigen dem Kurprinzen. Selbst der Kriegsgott Mars prophezeit, dass die unbesiegbare Rechte Max Emanuels die „Türken zähmen und bezwingen“ werde. Dem drei Monate alten Kurprinzen wird von den Göttern eine großartige Zukunft vorausgesagt.

Juni 1695 – Max Emanuel legitimiert seinen „natürlichen Sohn“

Brüssel * Für die Zukunft des jungen Comte Maximilien Emmanuel François Joseph de Bavière legt sich Kurfürst Max Emanuel schwer ins Zeug. Er legitimiert seinen „natürlichen Sohn“ noch in dessen Geburtsjahr und unterstützt seine militärische Karriere.

11. November 1698 – König Carl II. von Spanien ernennt Joseph Ferdinand zum Alleinerben

Madrid * König Carl II. von Spanien ernennt den sechsjährigen bayerischen Kurprinzen Joseph Ferdinand zum „Prinzen von Asturien“ und damit zum alleinigen Erben der spanischen Monarchie. Nun gibt sich der bayerische Kurfürst Max Emanuel, der inzwischen Therese Kunigunde, die Tochter seines ehemaligen Waffengefährten, des polnischen Königs Johann III. Sobieski, geheiratet und im Mai 1698 seinen Sohn nach Brüssel hat bringen lassen, zu weiteren hochfliegenden Zukunftsträumen hin. Wenn er großzügig den Besitz des Gesamthauses Wittelsbach zusammen zählt, dann sind die großen europäischen Dynastien überflügelt: Bayern, Spanien, beide Indien, Niederlande, Mailand, Neapel, Sizilien in einer Hand - Schweden, Kurpfalz, Jülich und Berg, Neuburg, Köln, Lüttich und Berchtesgaden sind von Verwandten besetzt. Das Testament des spanischen Königs stößt aber auf den Widerstand von Frankreich und Österreich. Damit kann die politische Zukunft für den Thronfolger keineswegs als gesichert



angesehen werden.

2. März 1789 – Thompsons Vorschlag für ein Militärisches Arbeitshaus wird angenommen

München * Vermutlich aus Kostengründen entscheidet sich Kurfürst Carl Theodor für Thompsons Vorschlag für ein Militärisches Arbeitshaus und ordnet die Errichtung „einstweilen in jeder Stadt und Garnison, in Zukunft aber sobald thunlich in jedem beträchtlichen Orte“ an. Militärische Arbeitshäuser entstehen aber nur in München und Mannheim. Die Arbeitshäuser sollen folgenden Zwecken dienen: Der Beschäftigung von Armen und Bettlern. Die Schaffung von Arbeitsmöglichkeiten für verarmte Angehörige der unterständigen Schichten. Nicht an Arbeit gewöhnte Menschen sollen in diesen Anstalten die Arbeitsfähigkeit erlernen. Gleichzeitig sollen Armenverwaltungen eingerichtet werden, die die „Hausarmen“ erfassen und in die Arbeitshäuser einweisen.

18. März 1791 – Maßnahmen zur Niederlegung der Stadtmauer werden eingeleitet

München * Kurfürst Carl Theodor leitet den Wandel Münchens von der befestigten barocken Residenzstadt zu einer offenen und modernen Hauptstadt ein. Er beauftragt dazu Sir Benjamin Thompson „das Neuhauser Thor so herzustellen, daß die bißherigen Umwege und engen Durchgänge gänzlich vermieden, und der Thorweg in gerader Linie mit der Neuhausserstrasse über den Wall und bis auf den Punkt, wo sich die Augsburger und Landsberger Strassen trennen, geführt werde“. Damit wird die erste, von staatlichen Behörden geplante und vom Kurfürsten sanktionierte Maßnahme zur Niederlegung eines bedeutenden Teilstückes der barocken Festungswerke eingeleitet. Es hat eine für die Stadtentwicklung Münchens herausragende Bedeutung, deren zukunftsweisenden Aspekte man damals in ihrer Gesamtheit noch gar nicht erkennen kann. Zur Realisierung dieses Vorhabens muss die Neuhauser-Bastion eingeebnet, der Festungsgraben verfüllt und eine Fahrstraße mit Fußwegen auf beiden Seiten über das planierte Gelände hergestellt werden. Damit entsteht unmittelbar vor dem Stadttor ein großer Platz. Thompson lässt darüber hinaus auch einen ausgedehnten Sektor der Fortifikationen im Westen der Altstadt mit Wall und Graben niederlegen, sodass das eingeebnete Festungsgelände vom heutigen Lenbachplatz bis zur Herzogspitalstraße reicht. Damit wird eine breite Lücke in das System der Münchner Fortifikation geschlagen und so die Festungseigenschaft der Stadt aufgehoben.



10. August 1800 – Weitere Flugschriften werden baierweit verteilt

München * Eine Flugschrift mit dem Titel „Wahrer Überblick der Geschichte der baierischen Nation, oder das Erwachen der Nationen nach einem Jahrtausend“ wirft Kurfürst Max IV. Joseph vor, „durch seinen Menschenverkauf, durch seine Verschwendung, durch die immerwährende Ausbeutung und gänzliche Entvölkerung des Landes, durch die volle Verwirrung, die er stiftete, alle Achtung, alles Zutrauen verloren“ zu haben. Gleichzeitig formuliert die Schrift ein in die Zukunft gerichtetes politisches Programm einer Republik in Süddeutschland: „Baiern, vereint mit Schwaben, wird das österreichische Joch abschütteln [...] und [...] vereinigt mit einem Teile Frankens [...] sich eine auf Unabhängigkeit, Freiheit und Gleichheit gegründete Verfassung geben“. Zur Umsetzung dieses Zieles erhofft sich die „Flugschrift“ die Unterstützung der „Republik Frankreich“. Diese Flugschriften finden nicht nur in der Stadt ihre Leser. Da sie auf der Schranne meist heimlich in die Säcke gesteckt wird, verbreitet sich der revolutionäre Inhalt auch auf dem Land. Durch die bloße Anwesenheit der Franzosen wagen sich die Zensurbehörden nicht, entschlossen gegen die Flugschriften vorzugehen.

23. Mai 1805 – Großbritannien erklärt Frankreich den Krieg

London - Paris * Großbritannien erklärt Frankreich den Krieg. Das ist der Beginn des Dritten Koalitionskrieges. Österreich, Russland und England haben sich zur Dritten Koalition gegen Frankreich zusammengeschlossen. Wie soll sich Baiern verhalten, wo doch ein österreichisches Kriegsziel die Annexion Baierns war? Neutralität kommt nicht in Frage, also müssen die Baiern ihre Zukunft selbst in die Hand nehmen.

1. Januar 1806 – München als Ort der Eheschließung

München-Graggenau * Der Brautvater, König Max I. Joseph, hat zwei Forderungen: Erstens soll der Ort der Trauung zwischen der baierischen Prinzessin Auguste Amalie mit dem Stiefsohn Napoleons, Eugène Beauharnais, soll München und nicht Paris sein. Zum Zweiten soll sein zukünftiger Schwiegersohn die Krone von Italien erhalten. Mit der Verhandlung wird Minister Maximilian Joseph Freiherr von Montgelas beauftragt, der München als Ort der Eheschließung durchsetzen kann, allerdings an der Erhebung Eugènes zum König Italiens scheitert. Immerhin bleibt er aber Vizekönig.



13. Oktober 1810 – Zahnweh in der Hochzeitsnacht

München * Die Kronprinzessin ist durch die Aufregungen der letzten Tage erschöpft und will den Ball frühestmöglich verlassen. Das liegt aber nicht nur an den anstrengenden Festivitäten, sondern vor allem an ihren seit Tagen anhaltenden Zahnschmerzen, die ihr schon die Hochzeitsnacht verleidet hatten. Therese verlässt den Hofball sehr zeitig. Ludwig begleitet seine Frau in die Residenz, kehrt aber alleine noch einmal zu den Tanzenden zurück. Seinem Tagebuch vertraut der Bayernprinz am Morgen danach seine entlarvenden und berechnenden Gedanken an, indem er schreibt: „Mir machte es wenig Vergnügen, aber ich tat es, um meine Freiheit zu zeigen und damit meine Frau nicht glaube, ich müsse, weil sie es getan, wegbleiben. [...] So tue ich schon jetzt so viel möglich, bei Nacht schlafe ich in meinem Zimmer, nur zu Besuch zu meiner Frau kommend. [...] Man muß sich gleich anfangs auf den Thron setzen, wie man ihn für die Folge will. So schicke ich mich in den Ehestand, fühle mich nicht unglücklich“. Und seiner Lieblingsschwester Charlotte bekennt Ludwig: „Ausgezeichnet ist Therese durch ihr Herz, durch Vernunft, Schönheit, keine bessere Frau würde ich mir wünschen, aber leidenschaftslos verehelichte ich mich, es mag vorteilhafter sein für die Zukunft.“ Vertraute Kreise sehen die Zukunft der Ehe weniger rosig und trauen ihr - ganz im Gegenteil - nur sehr wenig Bestand zu.

20. Oktober 1825 – Bayern wird ab sofort mit einem „y“ geschrieben

München - Königreich Bayern * Nur zwei Tage nach seinem Regierungsantritt ordnet König Ludwig I. in einer Rechtschreibreform an, dass „Baiern“ in Zukunft „mit einem ‚y‘ statt mit einem ‚i‘ zu schreiben“ ist. Mit dem griechischen „y“ im Landesnamen will er seine Verehrung für den griechischen Befreiungskampf ausdrücken.

1835 – Joseph Anton von Maffei investiert in den Schiffs- und Lokomotivenbau

München-Englischer Garten - Hirschau * Joseph Anton von Maffei investiert in einen riskanten Zukunftsmarkt: dem Schiffs- und Lokomotivenbau. Um den Ausbau des bayerischen Eisenbahnnetzes zu forcieren, beteiligt er sich - als einer der Initiatoren und Hauptaktionäre von Münchner und Augsburger Bank- und Kaufleuten - an der Gründung einer Aktiengesellschaft zum Bau der Eisenbahn München - Augsburg.



2. September 1847 – Das Geschäft mit dem Adelsdiplom für Lola Montez

München * Wenn Freiherr Georg Ludwig von Maurer schon das Adelsdiplom für Lola Montez unterzeichnen soll, will er wenigstens daraus ein Geschäft machen und retten, was zu retten ist. Er selbst will zum Reichsrat befördert werden und seinem Sohn Konrad will er durch den Ruf an die juristische Fakultät der Universität die Zukunft sichern. Der Titel eines Reichsrats wird Minister Maurer zwar verwehrt, aber sein Sohn Konrad erhält an diesem 2. September 1847 eine außerordentliche Professur der Rechte.

29. Dezember 1864 – Mündlicher Planungsauftrag für Gottfried Semper

München-Graggenau * König Ludwig II. empfängt den Architekten Gottfried Semper und gibt ihm einen mündlichen Planungsauftrag für das Wagner-Festspielhaus. Auf Sempers Drängen hin fasst man ein Terrain südlich des seit dem Jahr 1857 im Bau begriffenen Maximilianeums ins Auge. Da Richard Wagner aber keine sechs Jahre bis zur Fertigstellung des neuen Theaters warten will, überredet er den König, für die Zwischenzeit noch ein provisorisches, hölzernes Theater im Glaspalast zu errichten, um - so die Begründung - nach Abschluss des „Rings des Nibelungen“ im Sommer 1867 sofort mit den Aufführungen beginnen zu können. Doch damit wäre die Nutzung des Glaspalastes als Ausstellungsort massiv eingeschränkt worden, weshalb nun zusätzliche Gegner des Projekts auf den Plan treten. Ungeachtet dieser Diskussion fertigt Gottfried Semper jeweils Zeichenentwürfe und Modelle vom Festspielhaus und vom provisorischen Theater an. Der wagnernarrische König sieht schon seine „Straße gekrönt vom Prachtbau der Zukunft“.

15. Mai 1865 – Die Premiere von „Tristan und Isolde“ muss abgesagt werden

München * Die ursprünglich für den 15. Mai 1865 angesetzte Premiere von „Tristan und Isolde“ muss wegen plötzlich eingetretener Heiserkeit von Frau Malvina Schnorr von Carolsfeld abgesagt werden. Wieder schlägt die Stimmung um, was in Josephine Kaulbachs Brief deutlich zum Ausdruck kommt: „Was soll ich Ihnen noch erzählen? von unseren Freunden? oder von der Zukunftsmusik, oder von den Schweinehunden des Herrn von Bülow? Die letztere Geschichte hat eine größere Bedeutung gewonnen, wie man sich's erwartete; seit der Lola-Geschichte waren die Münchner nicht mehr so in Wuth. [...] Ich sage Ihnen, es ist toll, wie das hier getrieben wird, für und gegen Wagner. - Die Fama wächst zu einem hundertköpfigen Ungeheuer, der Wagner-Cultus wird zu einem Ekel; der junge König an der Spitze taucht alles, was ihn umgibt, in Tristan und Isolde um“.



8. Juni 1865 – Im Isar-Vorstadt-Theater wird „Triftanderl und Süßholde“ aufgeführt

München-Isarvorstadt * Im Isar-Vorstadt-Theater wird eine Parodie auf Tristan und Isolde unter dem Titel „Triftanderl und Süßholde“ aufgeführt. Die Titelfigur Triftanderl ist ein Floßknecht von Ammerland, Süßholde eine reiche Bäckerstochter aus Wolfratshausen. Schwerpunkte bei diesem Stück sind: „Dramatische Verslein mit Worten ohne Melodie, gegenwärtige Parodie von einer Zukunfts-Oper in 3 Aufzügen, wo darüber viel losgezogen wird, und einem Vorspiel des Vorspielers, von Richard, Wagnermeister und Stückschreiber, sowie musikalischen Dramatisierer.“

24. Oktober 1868 – Walburga Hierl sichert die Zukunft des Zengerbräu

München-Graggenau * Nur wenige Wochen nach dem Gerichtsurteil erwirbt Walburga Hierl, die Ehefrau von Franz Xaver Hierl, am 24. Oktober 1868 die Braugerechtsame des Zengerbräu für den Standort an der Kellerstraße von der Bank zurück. Noch im selben Jahr nimmt sie den seit mehreren Jahren ruhenden Braubetrieb wieder auf und schafft damit die Grundlage für den Fortbestand der Brauerei. Das ist besonders auffällig, weil Franz Xaver keineswegs gestorben ist – er lebt bis zum 12. Januar 1883. Walburga Hierl übernimmt die Verantwortung für die Brauerei und trennt ihre wirtschaftlichen Interessen zunehmend von denen ihres Ehemanns.

13. Juli 1870 – Der Preußenkanzler Otto von Bismarcks brüskiert Frankreich

Berlin * Der Preußische Kanzler Otto von Bismarck weiß, dass die Deutsche Einigung nur durch den Druck von Außen vollendet werden kann. Diesen Druck von Außen liefert ihm der französische Kaiser Napoleon III., nachdem das spanische Parlament den vakanten Thron einem Mitglied des Haus Hohenzollern-Sigmaringen anbietet. In Frankreich kommen daraufhin Einkreisungsängste hoch, die sich in der scharfen Ablehnung des spanischen Vorhabens durch Kaiser Napoleon III. niederschlagen. Preußens König Wilhelm I. erklärt sich daraufhin öffentlich bereit, den französischen Wünschen nachzukommen und den Thron einem nicht-deutschen Kandidaten zu überlassen. Doch das ist für die französische Öffentlichkeit zu wenig. Sie fordert die Garantie, dass auch zukünftig die Kandidatur hohenzollerischer Prinzen ausgeschlossen wird. Mit dieser Forderung reist der französische Botschafter Benedetti nach Bad Ems, wo sich der Preußenkönig zur Kur aufhält. Wilhelm I. und Bismarck erkennen die isolierte Position der Franzosen, da weder England noch Russland Interesse an dem Vorgang zeigen. Schon deshalb lehnt König Wilhelm I. die Forderung ab und informiert darüber seinen Kanzler in einer sachlich gehaltenen Depesche. Bismarck überarbeitet den Inhalt der Emser Depesche in scharfer Form und gibt den veränderten Text noch am selben Tag an die Presse weiter. Durch den brüskierten Ton



der Depesche fühle sich Frankreich tief gedemütigt. Damit geht Otto von Bismarcks Rechnung auf.

31. März 1905 – Kaiser Wilhelm II. besucht die marokkanische Hafenstadt Tanger

Tanger * Während seiner traditionellen Mittelmeerreise besucht Kaiser Wilhelm II. die marokkanische Hafenstadt Tanger. In seiner Rede betont der deutsche Kaiser die „Unabhängigkeit des Scherifenreichs“ Marokko und bietet hierfür den „Schutz Deutschlands“ an. Er beabsichtigt mit seiner Ansprache, Frankreich und Großbritannien über die „Marokkofrage“ zu spalten und fordert eine internationale Konferenz zur Regelung der „Souveränität Marokkos“. Es kommt zur sogenannten „Marokko-Krise“, die, weil das deutsche Verhalten für Frankreich eine scharfe Provokation darstellt, sofort zu einem Krieg führen könnte. Angesichts dieser drohenden Gefahr gehen die Großmächte auf die Forderung Deutschlands ein und rufen eine internationale Konferenz über die weitere Zukunft Marokkos zusammen.

31. Juli 1914 – König Ludwig III. verhängt den Kriegszustand

München-Maxvorstadt * Am Nachmittag wendet sich der 69-jährige König Ludwig III. am Nachmittag an die Kundgebungsteilnehmer vor dem Wittelsbacher Palais. Er bedankt sich zunächst für die Huldigungen, die er als „Ausdruck der Treue und der Vaterlandsliebe“ betrachtet.

Im Wissen, auf welche Katastrophe das Deutsche Reich zusteuert, weist der Bayernherrscher auf die ernste und schwere Zukunft hin und erklärt: „Es sind [...] sehr schwere und ernste Zeiten, denen wir entgegen gehen. Aber ich vertraue darauf, dass das bayerische Volk wie seit vielen Jahrhunderten auch jetzt in Treue zu seinem Herrscherhaus stehen wird.“ Dann verhängt auch König Ludwig III. den Kriegszustand, verbunden mit der Anordnung des Standrechtes und den Übergang der vollziehenden Gewalt auf die Militärbehörden. Der Text seiner Verordnung lautete kurz und bündig: „Wir finden uns bewogen, auf Grund des Artikels I des Gesetzes über den Kriegszustand vom 5. November 1912 zu verordnen: Über das Gesamtgebiet des Königreichs wird der Kriegszustand verhängt. Gegeben zu München, den 31. Juli 1914. Ludwig.“

27. Januar 1918 – Kaiser Wilhelm II. feiert seinen Geburtstag mit kirchlichem Segen

Berlin - Deutsches Reich * Kaiser Wilhelm II. feiert an einem Sonntag bei Kaiserwetter seinen 59. Geburtstag. Von vielen Kanzeln wird gepredigt: „Möge ihn der Herr segnen wie er auch uns segnet.“ Dabei werden die lauterer Absichten des „Friedensfürsten“ herausgestellt, „der seine



Friedenshand immer wieder gereicht, die [aber] vom Feinde so schmäählich zurückgewiesen“ wurde. Der Kaiser, der „auch in Zukunft allen Stürmen, mögen sie noch so verheerend toben, unerschrocken entgegen sehe“.

30. Juni 1918 – Tschechen und Slowaken wollen einen gemeinsamen Staat gründen

Pittsburg * Die in den USA lebenden Exilgruppen der Tschechen und Slowaken verständigen sich im Vertrag von Pittsburg über den Aufbau eines zukünftigen gemeinsamen Staates.

13. Juli 1918 – Die MSPD stimmt dem Etat zu

Berlin * Die MSPD-Fraktion stimmt im Reichstag erneut dem Etat zu, obwohl in allen innenpolitischen Fragen, vor allem bei der preußischen Wahlrechtsreform, jeglicher Fortschritt fehlt. Zur Entscheidung der MSPD-Fraktion für die neuen Kredite erklärt Friedrich Ebert in seiner Rede, dass Deutschland niemals „auf entehrende, seine politische, wirtschaftliche und kulturelle Zukunft vernichtende oder herabdrückende Bedingungen“ eingehen wird, weshalb man „die Mittel bewilligen [muss], die zur weiteren Verteidigung der Lebensinteressen unseres Volkes und zur Erreichung des Friedens erforderlich sind“. Das Parlament geht danach in die Sommerpause.

28. Juli 1918 – König Ludwig III.: „Volle Zuversicht erfüllt mich beim Blick in die Zukunft“

München * König Ludwig III. verkündet in einem Aufruf: „Kein Deutscher denkt an einen schimpflichen Frieden. [...] Volle Zuversicht erfüllt mich beim Blick in die Zukunft“.

4. August 1918 – König Ludwig III. rudert zurück

München * Obwohl König Ludwig III. noch wenige Tage zuvor (28. Juli) „Voller Zuversicht“ in die Zukunft geschaut hatte, gesteht er am 4. August seinem Sohn Kronprinz Ruppert, dass er bisher zu optimistisch gewesen sei. Deshalb „werden wir unsere militärischen und politischen Ziele erheblich begrenzen müssen, wenn wir, was auch nach meiner Ansicht dringend anzustreben ist, in nicht zu ferner Zeit zu einem annehmbaren Frieden kommen wollen“.

5. Oktober 1918 – Bitte des Reichskanzlers an Wilson um Friedensvermittlung



Rosenheim * Der Rosenheimer Anzeiger bringt unter der Überschrift „Dem Frieden entgegen - Bitte des Reichskanzlers an Wilson um Friedensvermittlung“ ein Extra-Blatt zur Rede des Reichskanzlers Prinz Max von Baden im Reichstag heraus: „Im Verlauf seiner vielfach vom Beifall der Linken und des Zentrums unterbrochenen Reichstagsrede erstattete Reichskanzler Prinz Max von Baden unter lebhafter Spannung des Hauses folgende Mitteilung: „Dank des unvergleichlichen Heldentums unseres Heeres ist die Front im Westen ungebrochen. Dieses stolze Bewusstsein lässt uns mit Zuversicht in die Zukunft sehen. Gerade deshalb ist es aber auch unsere Pflicht, Gewissheit darüber herbeiführen, ob das opfervolle, blutige Ringen nicht einen einzigen Tag über den Zeitpunkt hinaus geführt wird, wo uns ein Abschluss des Krieges möglich erscheint, der unsere Ehre nicht berührt. Gestützt auf das Einverständnis aller dazu berufenen Stellen im Reiche und auf die Zustimmung der gemeinsam mit uns handelnden Bundesgenossen habe ich in der Nacht zum 5. Oktober 1918 durch die Vermittlung der Schweiz an den Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika eine Note gerichtet, in der ich ihn bitte, die Herbeiführung des Friedens in die Hand zu nehmen und hierzu mit allen kriegsführenden Staaten in Verbindung zu treten“. Die Note trifft schon heute oder morgen in Washington ein. Sie richtet sich an den Präsidenten der Vereinigten Staaten, weil dieser in seiner Kongressbotschaft vom 8. Januar 1918 und in seinen späteren Kundgebungen, besonders auch noch in seiner New-Yorker Rede vom 27. September ein Programm für den allgemeinen Frieden aufgestellt hat, das wir als Grundlage für die Verhandlungen annehmen können. (Am Schluss der Rede des Reichskanzlers ertönte wiederholter Beifall).“

12. November 1918 – Fürst Leopold IV. zur Lippe dankt ab

Detmold * Fürst Leopold IV. zur Lippe will „die Frage der zukünftigen Staatsform [...] Entschließung des neuen, auf freier Grundlage gewählten Landtages überlassen“, weil er sich „nicht einseitig für befugt“ hält, „abzudanken, dies vielmehr eine Landesangelegenheit sei“. Er verzichtet auf den Thron, nachdem ihm der Volks- und Soldatenrat ein Ultimatum setzen.

15. November 1918 – Abkommen zwischen Gewerkschaft und Unternehmerverband

Berlin * Die Gewerkschaften sehen die Chance, endlich als Interessenvertretung der Arbeiterschaft in wirtschaftlichen Fragen anerkannt zu werden. In Zukunft sollen die Arbeitsbedingungen durch Tarifverträge geregelt werden, die zwischen den Unternehmerverbänden und den Gewerkschaften abgeschlossen werden. Die beiden Verhandlungsführer Hugo Stinnes, mächtiger Schwerindustrieller sowie Verhandlungsführer der Unternehmerseite, und Carl Legien, der Vorsitzende der Generalkommission der Freien



Gewerkschaften, unterzeichnen ein weitreichendes, die genannten Punkte beinhaltendes Abkommen.

28. November 1918 – Kaiser Wilhelm II. dankt ab

Amirong * Kaiser Wilhelm II. unterzeichnet seine Abdankungsurkunde. „Ich verzichte hierdurch für alle Zukunft auf die Rechte an der Krone Preußens und die damit verbundenen Rechte an der deutschen Kaiserkrone. Zugleich entbinde ich alle Beamten des Deutschen Reiches und Preußens, sowie alle Offiziere, Unteroffiziere und Mannschaften der Marine, des preußischen Heeres und der Truppen der Bundeskontingente des Treueeides, den sie mir als ihrem Kaiser, König und obersten Befehlshaber geleistet haben. Ich erwarte von ihnen, dass sie bis zur Neuordnung des Deutschen Reiches den Inhabern der tatsächlichen Gewalt in Deutschland helfen, das deutsche Volk gegen die drohenden Gefahren der Anarchie, der Hungersnot und der Fremdherrschaft zu schützen. Urkundlich unter unser höchst eigenhändigen Unterschrift und begedrücktem kaiserlichen Insiegel. Gegeben Amirong, den 28. November 1918. gez. Wilhelm“

5. Dezember 1918 – Termin für die Landtagswahl auf 12. Januar 1919 festgelegt

München-Kreuzviertel * Im Ministerrat kommt es zu heftigen Diskussionen über die Terminfestsetzung zur Nationalratswahl. Kurt Eisner sieht in einem frühen Termin keinen Vorteil. „Die Massen scheuen sich davor und fürchten die Preisgabe der Errungenschaften.“ Dagegen fordern die MSPD-Minister einen möglichst frühen Wahltermin. Jeder Tag früher stellt für sie einen „Gewinn gegenüber dem Zentrum“ dar. Erhard Auer dringt deshalb auf den 12. Januar 1919. Innenminister Erhard Auer und Justizminister Johannes Timm geben unumwunden ihre Abneigung gegen die Räte zu und treten für die Umwandlung der Arbeiter- und Bauernräte in Arbeiter- und Landwirtschaftskammern ein und sprechen den Räten jede politische Funktion ab. Verkehrsminister Heinrich Ritter von Frauendorfer sieht in den Räten eine „nur notwendige Begleiterscheinung der Revolution“. Den Soldatenräten gibt man keine Zukunft.

12. Dezember 1918 – Eisner: Der Mensch darf nicht mehr Sklave der Maschinen werden

München * In einer Wahlrede vor den Unabhängigen erklärt Kurt Eisner: „Die Revolution war ja schon geplant im Januar“. Und weiter: „Sozialismus ist nur ein Wort und Sozialismus, das Wort, erfüllt man mit Leben, indem man es verwirklicht; wie auch Demokratie nicht dekretiert werden kann von oben, wie die Freiheit nur in sich selbst und aus sich selbst reift. Ein Volk, das nicht frei



ist, kann niemals die Freiheit gebrauchen lernen; erst wenn es frei ist, lernt es, frei zu sein. Nur so können wir sozialistische Politik treiben. Der Sozialismus wirkt, indem er sich verwirklicht. Er birgt ein Fülle schwerster Probleme. Aber das Ziel ist klar: wir müssen die menschliche Knechtschaft beseitigen. Wir müssen die Güter der Erde allen zuteil werden lassen. Es darf nicht mehr sozial Unterdrückte in der künftigen Gesellschaft geben. Wie immer die Gliederung und der Aufbau in der zukünftigen Gesellschaft sich vollziehen wird, welche wirtschaftlichen Formen wir finden werden, der Mensch darf nicht das Opfer seiner Verhältnisse werden, sondern der Mensch muß Herr über seine Verhältnisse werden. Der Mensch darf nicht mehr Sklave der Maschinen werden, sondern Herr über die Technik. Der Mensch darf nicht mehr Objekt des Profits werden, sondern jeder, der arbeitet, muß mitbestimmen können an der Gestaltung dieser Arbeit. Wir haben es immer abgelehnt, einen Zukunftsstaat auszumalen. Einen Zukunftsstaat prophezeit man nicht, sondern man schafft ihn.“

28. Dezember 1918 – Die Ziele der Konferenz der Süddeutschen Staaten

Stuttgart * Die noch anwesenden Ministerpräsidenten Anton Geiß aus Baden, Wilhelm Blos aus Württemberg und Carl Ulrich aus Hessen verhandeln mit den bayerischen Innenminister Erhard Auer weiter. Die Konferenz beschließt, dass das Deutsche Reich in seiner gegenwärtigen Form erhalten bleibt, dass separatistische Bestrebungen ausdrücklich abgelehnt werden, dass das Deutsche Reich auf föderalistischer Grundlage aufgebaut, dass eine aktionsfähige Regierung und Nationalversammlung gewählt und dass ein schneller Frieden angestrebt wird.

Zur Umsetzung der Ziele beschließt man die Bildung einer Süddeutschen Kommission, eine Blockbildung bei zukünftigen Ministerpräsidenten-Konferenzen und den gemeinsamen Einkauf von Lebensmitteln im Ausland. Über den weiteren Umgang mit und über die künftige Rolle der Hegemonialmacht Preußen werden keine Positionen entwickelt. Man ist nur einig, dass Preußen in seiner bisherigen Form nicht weiter bestehen kann. Forderungen nach Zerschlagung Preußens werden nicht gestellt. Die beschlossene Süddeutsche Konferenz wird nie zusammen treten.

6. Februar 1919 – Friedrich Ebert hält die Eröffnungsrede der Nationalversammlung

Weimar * Friedrich Ebert hält die Eröffnungsrede der Nationalversammlung. In einer nüchtern vorgetragenen, von zahllosen Zwischenrufen von links und rechts unterbrochenen Rede erklärt er aller Welt sein Handeln seit dem 9. November und hält fest, was das Reich seither gewonnen hat:

„Das deutsche Volk ist frei, bleibt frei und regiert in aller Zukunft sich selbst.“ Und er ist froh, nun das Mandat, das die Revolution ihm aufzwang, zurückgeben zu können an den „höchsten und einzigen Souverän in Deutschland“. Nur auf dem „Weg der Gesetzmäßigkeit“



lassen sich in Deutschland die notwendigen Veränderungen voranbringen. bsp;

26. Februar 1919 – 100.000 Menschen nehmen an Kurt Eisners Bestattungsfeierlichkeiten teil

München-Giesing * Zeugen schon die Geschehnisse am Ort des Attentats von breiter Betroffenheit über Kurt Eisners Tod, so wird sein Begräbnis zu einer außergewöhnlichen Trauerbekundung der Bevölkerung. Der Zentralrat ordnet für ganz Bayern Landestrauer an. Die öffentlichen Gebäude sind auf Halbmast schwarz und rot beflaggt. Die Arbeit ruht. Annähernd 100.000 Menschen nehmen an den Bestattungsfeierlichkeiten teil. Ab 9 Uhr bewegt sich der Trauerzug - begleitet von 20 Musikkapellen - von der Theresienwiese zum Ostfriedhof. Matrosen tragen den mit schwarzen Tüchern verhüllten Sarg. Um 10 Uhr beginnt ein halbstündiges Glockengeläut. Die Trauerfeier mit der Einäscherung in der Halle des Krematoriums beginnt um 10:30 Uhr. Sie dauert bis 11:40 Uhr. Gustav Landauer hält eine Gedächtnisrede, in der er ausführt: „Kurt Eisner, der Jude, war ein Prophet, der unbarmherzig mit den kleinmütigen, erbärmlichen Menschen gerungen hat, weil er die Menschheit liebte und an sie glaubte und sie wollte. Er war ein Prophet, weil er mit den Armen und getretenen fühlte und die Möglichkeit, die Notwendigkeit schaute, der Not und Knechtung ein Ende zu machen. Er war ein Prophet, weil er ein Erkennender war, dieser Dichter, der zugleich von der Schönheit, die kommen sollte, träumte und den harten, bösen Tatsachen unerschrocken ins Gesicht sah. Er war ein Prophet, und er wurde so zum Satiriker und zum Geißler der Verlogenheit und Verkleisterung, wie er sie zumal bei seinen Kollegen von der Presse fand, er war ein unermüdlicher, trockener Erforscher der Wirklichkeit. So war er, der Schauend-Gestaltend-Erkennende, auch ein Prophet in dem Sinne, dass er die Zukunft voraus sah. Er wollte mit den Menschen gehen, er wollte auf die Menschen wirken, aber nichts lag ihm ferner als Herrschaft oder unterdrückende Überlegenheit.“ Selbst die bürgerliche Presse ist beeindruckt und schreibt: „In ihrer reichen Geschichte hat die bayerische Hauptstadt wohl viele prunkvolle Leichenzüge zu verzeichnen, aber keinen, der, was Massenentfaltung anlangt, denjenigen übertrifft, der am Vorfrühlingstage des 26. Februar halb München in Bewegung setzte.“

16. März 1919 – Im Odeon findet eine Trauerfeier für Kurt Eisner statt

München-Maxvorstadt * Im Odeon findet eine Trauerfeier für Kurt Eisner statt. Der Schriftsteller Heinrich Mann und Minister Hans Unterleitner halten die Gedenkrede. Heinrich Mann sagt: „Der verewigte Kurt Eisner wird beispielhaft in unserer Mitte weilen, seinen Tod überdauernd gewiss durch seine Taten, aber noch mehr durch das, was er war. Wir danken ihm nicht einfach den Sturz eines verworfenen Regiments, sondern dass dieses Regiment, das selbst in seinen weniger



schändlichen Zeiten nichts anderes gewesen war als geistlose Gewalt, unvermittelt und in sinnbildlicher Art abgelöst wurde von der Menschenart, die Geist will und Geist schafft“. Dann folgen die berühmten Worte des Schriftstellers: „Die hundert Tage der Regierung Eisners haben mehr Ideen, mehr Freuden der Vernunft, mehr Bewegung der Geister gebracht, als die fünfzig Jahre vorher. Sein Glaube an die Kraft des Gedankens, sich in Wirklichkeit zu verwandeln, ergriff selbst Ungläubige. In jeder Handlung sah er neben ihrer praktischen Wirkung ihr geistiges Gepräge. Achtstundentag, Demokratisierung des Heeres, eine befreite Schule, die wirtschaftliche Erfüllung der politischen Revolution: durch solche Taten dachte er, gleichwie in seinen Reden, die bis dahin verfemten Wahrheiten zu bezeugen. [...] In Bern, auf der Sozialistentagung, hatte, solange er sprach, Deutschland keinen Feind mehr. [...] Er ging aus einer Zeit des Wahnsinns und Verfalles mit ungebrochener Vernunft hervor. Er liebte die Menschen, traute ihnen die Kraft zur Wahrhaftigkeit zu und erwartete daher noch so viel von ihnen, dass er sich hütete, alles auf einmal zu verlangen. [...] Der erste wahrhaft geistige Mensch an der Spitze eines deutschen Staates erschien jenen, die über die zusammengebrochene Macht nicht hinwegkamen, als Fremdling und als schlecht. Dass er am Quell der Macht doch lauter blieb, widerstrebte ihren Begriffen. Seine Güte, die um keinen Preis, nicht einmal um den seines eigenen Lebens, Blut vergießen wollte, ihnen war sie Schwäche. [...] Bewahren wir sein unversehrtes Bild! Solange er da war, hatte die Revolution einen Sammelpunkt, in dem sie einig und ihrer frohen Zukunft gewiss war.“

6. April 1919 – Ein Aufruf „An das Volk in Baiern!“ zur Gründung der Räterepublik

München * „Der revolutionäre Zentralrat Baierns“ veröffentlicht einen Aufruf „An das Volk in Baiern!“ zur Gründung der Räterepublik. Darin heißt es: „Die Entscheidung ist gefallen. Baiern ist Räterepublik. Das werktätige Volk ist Herr seines Geschickes. Die revolutionäre Arbeiterschaft und Bauernschaft Baierns, darunter auch alle unsere Brüder, die Soldaten sind, durch keine Parteigegensätze mehr getrennt, sind sich einig, dass von an jegliche Ausbeutung und Unterdrückung ein Ende haben muss. Die Diktatur des Proletariats, die nun zur Tatsache geworden ist, bezweckt die Verwirklichung eines wahrhaft sozialistischen Gemeinwesens, in dem jeder arbeitende Mensch sich am öffentlichen Leben beteiligen soll, einer gerechten sozialistisch-kommunistischen Wirtschaft. Der Landtag, das unfruchtbare Gebilde des überwundenen bürgerlich-kapitalistischen Zeitalters, ist aufgelöst, das von ihm eingesetzte Ministerium zurückgetreten. Von den Räten des arbeitenden Volkes bestellte, dem Volk verantwortliche Vertrauensmänner erhalten als Volksbeauftragte für bestimmte Arbeitsgebiete außerordentliche Vollmachten. Ihre Gehilfen werden bewährte Männer aus allen Richtungen des revolutionären Sozialismus und Kommunismus sein; die zahlreichen tüchtigen Kräfte des



Beamtentums, zumal der unteren und mittleren Beamten, werden zur tatkräftigen Mitarbeit im neuen Bayern aufgefordert. Das System der Bürokratie aber wird unverzüglich ausgetilgt. Die Presse wird sozialisiert. Zum Schutz der bayerischen Räterepublik gegen reaktionäre Versuche von außen und von innen wird sofort eine rote Armee gebildet. Ein Revolutionsgericht wird jeden Anschlag gegen die Räterepublik sofort rücksichtslos ahnden. Die Bayerische Räterepublik folgt dem Beispiel der russischen und ungarischen Völker. Sie nimmt sofort die brüderliche Verbindung mit diesen Völkern auf. Dagegen lehnt sie jedes Zusammenarbeiten mit der verächtlichen Regierung Ebert, Scheidemann, Noske, Erzberger ab, weil diese unter der Flagge einer sozialistischen Republik das imperialistisch-kapitalistisch-militaristische Geschäft des in Schmach zusammengebrochenen deutschen Kaiserreichs fortsetzt. Sie ruft alle deutschen Brudervölker auf, den gleichen Weg zu gehen. Allen Proletariern, wo immer sie für Freiheit und Gerechtigkeit, wo immer sie für den revolutionären Sozialismus kämpfen, in Württemberg und im Ruhrgebiet, in der ganzen Welt, entbietet die Bayerische Räterepublik ihre Grüße. Zum Zeichen der freudigen Hoffnung auf eine glückliche Zukunft für die ganze Menschheit wird hiermit der 7. April zum Nationalfeiertag erklärt. Zum Zeichen des beginnenden Abschied vom fragwürdigen Zeitalter des Kapitalismus ruht am Montag, den 7. April 1919, in ganz Bayern die Arbeit, soweit sie nicht für das Leben des werktätigen Volkes notwendig ist, worüber gleichzeitig nähere Bestimmungen ergehen. Es lebe das freie Bayern! Es lebe die Räterepublik! Es lebe die Weltrevolution!

14. April 1919 – 5.000 Württemberger für die Niederschlagung der Räterepublik

Bamberg * Während Ministerpräsident Johannes Hoffmann nur noch Schadensbegrenzung betreiben und dem Freikorpsführer Franz Ritter von Epp die Erstürmung Münchens verbieten möchte, hofft der Minister für militärische Angelegenheiten, Ernst Schneppenhorst, dass 5.000 württembergische Soldaten für die Niederschlagung der Münchner Räterepublik bereitgestellt werden. Das Angebot hat die Regierung Hoffmann vom Stuttgarter Ministerpräsidenten Wilhelm Blos erhalten, dem es darum geht, die Eigenständigkeit Süddeutschlands im Reich zu stärken. Ihm war klar, wenn Bayern unter die Reichshoheit fallen sollte, dann würden in Zukunft auch die übrigen süddeutschen Länder nur noch eine untergeordnete Rolle gegenüber Preußen spielen können.

26. April 1919 – Die Vorwürfe Ernst Tollers in der Neuen Zeit

München * In der Neuen Zeitung vom 30. April wird die Anklage Ernst Tollers im Hofbräuhaus-Parlament wiedergegeben. „Bei jeder Aktion wird nicht gefragt, ob sie die Lage



unserer besonderen Verhältnisse, den Anschauungen der großen Masse unserer arbeitenden Bevölkerung, der Sorge für unsere Gegenwart und Zukunft entspricht, sondern nur, ob sie den Lehren des russischen Bolschewismus gemäß ist, ob Lenin oder Trotzki so oder so im gleichen Falle verfahren würden. [...] Wir Baiern sind keine Russen!“. Außerdem verurteilt Ernst Toller, dass das Volk über die wirkliche Lage im Unklaren gelassen wird und veröffentlicht eine Erklärung dazu.

8. Januar 1920 – Gründungsfeier des Volksbundes für Kunst und Theater

München-Kreuzviertel * Im Konzertsaal des Hotels Bayerischer Hof findet die offizielle Gründungsfeier des Volksbundes für Kunst und Theater statt. Der antisemitisch gesinnte Komponist Hans Pfitzner spielt Klavier. Die Initiatoren des Verbandes rufen auf zum Aufbau eines neuen Deutschlands und beschwört die Wiedererweckung geistiger Werte in einer Zeit materialistischer Kultur, die Volksseele muss veredelt werden „für eine neue größere Zukunft“.

Alles Schlagworte aus dem Repertoire völkischer Ideologen, die sich gegen die künstlerische Moderne und die Weimarer Demokratie richten. Damit will der Volksbund „alle christlichen Volksteile Münchens“ erreichen, um sie letztlich „von der Diktatur des Cliquenwesens und der Tagesmode“ zu befreien.

16. Januar 1920 – Graf Anton von Arco auf Valley zum Tode verurteilt

München * Da sich die Richter und der Verteidiger über die Wertung der Tat im Grunde einig sind, ergeht das Urteil gegen Graf Anton von Arco auf Valley bereits um 16.08 Uhr. Es wird vom Landgerichtsdirektor Georg Neithardt gesprochen und lautet: „[...] wegen eines Verbrechens des Mordes zum Tode und in die Kosten verurteilt.“ Es lässt sich einfach nicht umgehen anzuführen: „Der Angeklagte führte die Tötung nach einem wohlbedachten Plan mit Überlegung aus.“ Die Justiz öffnet sich aber gleich selbst die Tür für ihr weiteres Vorgehen. Am Ende des Urteils stehen die bemerkenswerten Zeilen: „Von einer Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte konnte natürlich keine Rede sein, weil die Handlungsweise des jungen, politisch unmündigen Mannes nicht niedriger Gesinnung, sondern der glühenden Liebe zu seinem Volke und seinem Vaterland entsprang und ein Ausfluss seines Draufgängertums und der in weiten Volkskreisen herrschenden Empörung gegen Eisner war, weil ferner der Angeklagte seine Tat in allen ihren Einzelheiten ohne jeden Versuch der Beschönigung oder Verschleierung mit offenem, edlem Mute in achtungsgebietender Weise als aufrechte Persönlichkeit eingestand.“ Graf Arco nimmt sein Todesurteil mit vollkommener Ruhe zur Kenntnis und ruft in seinem Schlusswort die Zuhörer zum Aufbau einer nationalen Zukunft auf. Stürmischer Beifall erhebt sich im



Sitzungssaal.

27. Februar 1925 – Adolf Hitler gründet im Bürgerbräukeller die NSDAP neu

München-Haidhausen * Adolf Hitler gründet nach seiner Haftentlassung im Bürgerbräukeller die NSDAP neu. In seiner Rede über „Deutschlands Zukunft und unsere Bewegung“, in der er den Bürgerkrieg ankündigt und bemerkt, es gehe dabei entweder der Feind über seine Leiche oder er über die Leiche des Feindes. Das führt zu Hitlers Rede- und Versammlungsverbot in öffentlichen Versammlungen. Bis zum 5. März 1927 kann die NSDAP nur mehr geschlossene Veranstaltungen durchführen.

1953 – Aufbau eines zukunftsorientierten internationalen Fernmeldenetzes

Bundesrepublik Deutschland * Nach dem Zweiten Weltkrieg geht es an den Aufbau eines zukunftsorientierten internationalen Fernmeldenetzes. Ein wichtiger Schritt dazu ist das Edelmetall-Motordrehwähler-System der Firma Siemens. Dem elektromagnetischen folgt das Elektronische Wählsystem, das zum digitalen System führt.

19. September 1981 – Das Containerbier erregt die Gemüter

München-Theresienwiese * Das Containerbier lässt die Volksseele kochen. Oberbürgermeister Erich Kiesl und Ministerpräsident Franz Josef Strauß ergreifen in offenen Briefen an die Brauereien Partei für das traditionelle Holzfass. Die Brauereien ihrerseits erklären, die Beschaffung von Holzfässern ist „in Zukunft fast nicht mehr zu lösen“. Für dieses Jahr kann der Einzug des Containerbieres auf dem Oktoberfest noch einmal gestoppt werden.

März 1982 – Tausende demonstrieren gegen die WAA

Schwandorf * Rund 15.000 Menschen demonstrieren auf dem Schwandorfer Marktplatz gegen die geplante Wiederaufarbeitungsanlage. Zu den Rednern gehört der Zukunftsforscher und Publizist Robert Jungk, Autor des Buches „Der Atom-Staat“.

November 1987 – Günter Tremmel baut am Auer Mühlbach ein Kleinkraftwerk



München-Untergiesing * Günter Tremmel baut bis zum Frühjahr 1988 ein damals einzigartiges, wasserbetriebenes Kleinkraftwerk, das mit seinen zwei Turbinen jährlich circa 1,3 Millionen Kilowattstunden Strom erzeugt, die in das Netz der Stadtwerke eingespeist werden. Mit dieser privaten Initiative erreicht der Mechanikermeister, dass etwa 620 Münchner Haushalte mit elektrischer Energie versorgt werden können. Die 850.000 DMark teure Investition benötigte rund fünfzehn Jahre, bis sie schwarze Zahlen schreibt. Doch Günter Tremmel sieht in dem Kraftwerk mehr die Verwirklichung eines privaten Traumes und eine energiepolitische Zeichensetzung, als eine wirtschaftliche Investition. An der Südseite des Kleinkraftwerkes finden sich deshalb folgende Zeilen: „Untätig war des Wassers Lauf - und niemand achtete darauf Hier war die Wasserkraft vergessen, weil von Atomkraft man besessen Was doch des Menschen stolzer Wahn in der Natur zerstören kann Das möge man bedenken; in Zukunft sollte die Vernunft uns lenken Vergeßt nicht unsere Wasserkraft und laßt sie uns erhalten - Das mahnten schon die Alten.“

1. November 1988 – Künstler protestieren gegen die WAA

Wackersdorf * Beim „Tag der Künstler gegen Wackersdorf“ setzen Kulturschaffende aus Bayern und Österreich ein öffentliches Zeichen für eine atomfreie Zukunft. An der grenzüberschreitenden Protestveranstaltung beteiligen sich unter anderem Künstler aus dem Umfeld des Salzburger Landestheaters. Kulturelle Beiträge, Gespräche und Aktionen verbinden den politischen Protest mit künstlerischen Ausdrucksformen.

1. Februar 1996 – Rudolph Moshhammer zieht sich vom Projekt Valentin-Geburtshaus zurück

München-Au * Der Modeschöpfer Rudolph Moshhammer zieht sich - völlig frustriert und regelrecht verbittert sowie unter einem Wust von Vorwürfen gegenüber der Landeshauptstadt München - von dem Projekt Karl-Valentin-Geburtshaus in der Zeppelinstraße 41 zurück. Den Bezirksausschussvorsitzenden Hermann Wilhelm bezeichnet er in diesem Zusammenhang als „Vereinsmeister ohne Durchblick“. Er selbst empfindet sich als ein „Opfer von Zauderern“ im Planungsreferat. Der Herrenschneider wörtlich: „Das ganze Land befindet sich in der schwersten wirtschaftlichen Krise, seit seinem Bestehen. Eine Krise, die sich in Zukunft nur noch verschlimmern wird.“ Und weiter: „Angesichts einer solchen Zukunft dürfte man eigentlich gar nichts mehr investieren.“ Zuvor war in mehreren Anträgen des Bezirksausschusses und verschiedenen Bürgerversammlungen gefordert worden, die Verhandlungen mit dem Münchner Modedezern wegen „offensichtlichem Desinteresse“ einzustellen. Die bereits im Herbst 1993 eingereichte Bewerbung des Nachbarn Klaus Schmidt



wird an den Planungsausschuss weitergeleitet.

14. April 2014 – Sepp Krätz zieht seinen Antrag für das Frühlingsfest zurück

München-Theresienwiese * Ex-Wiesnwirt Sepp Krätz zieht seinen eigenen Antrag auf Gestattung für das Frühlingsfest zurück. Statt ihm sollen seine Ehefrau Tina Krätz und seine Schwester Johanna Barsy das Hippodrom betreiben. Das Kreisverwaltungsreferat - KVR stimmt dem Antrag zu. Ob Sepp Krätz seine Schankkonzession und damit seine Zukunft als Wirt des Andechser am Dom weiter behalten kann, entscheidet das KVR nach Ostern. Erst Anfang Mai will das Landratsamt über die Zukunft seiner Konzession als Wirt der Waldwirtschaft in Großhesselohe entscheiden.

11. Dezember 2014 – Die Ermittlungen zum Oktoberfest-Attentat werden wieder aufgenommen

München * Generalbundesanwalt Harald Range nimmt - 34 Jahre nach dem Oktoberfest-Attentat - die Ermittlungen offiziell wieder auf. Eine neue Zeugin hatte sich bei dem Münchner Anwalt Werner Dietrich gemeldet. Ihre Aussage war ausschlaggebend für die Wiederaufnahme des Verfahrens. Dietrich hatte in den vergangenen Jahrzehnten mehrere Wiederaufnahme-Anträge gestellt. Der Dritte war jetzt erfolgreich. „Die Ermittlungen fangen jetzt wieder ganz am Anfang an“. Mit den Ermittlungen hat der Karlsruher Generalbundesanwalt das Bayerische Landeskriminalamt beauftragt. Ob das die richtige Entscheidung ist, muss die Zukunft klären.

2019 – Elisabeth Kreutzkamm-Aumüller übernimmt die Unternehmensleitung

München-Kreuzviertel * Elisabeth Kreutzkamm-Aumüller übernimmt die Leitung der Conditorei Kreutzkamm in fünfter Generation. Gemeinsam mit ihrem Team führt sie die traditionsreiche Familien-Conditorei in München und Dresden in die Zukunft.

2020 – Zwischen Tradition und Zukunft

München-Kreuzviertel * Der Künstlerhaus-Verein zählt rund 180 Mitglieder, überwiegend aus der älteren Generation. Auch die traditionsreichen Vereinigungen mit Hausrecht - darunter die „Geselligen“, der „Altertumsverein“ und die „Freunde Alt-Münchens“ – nutzen das Künstlerhaus



und prägen sein Vereinsleben. Das Münchner Künstlerhaus blickt auf eine außergewöhnliche Geschichte zurück. Als gerettetes Baudenkmal und lebendiger Kulturort steht es heute vor der Aufgabe, seine historische Tradition zu bewahren und zugleich neue Impulse für die Zukunft zu setzen.
